

sewesen arbeitet, ist, ihren geistlichen Charakter zu wahren und zugleich mit vielen „Auswärtigen“ publizistisch sachgerecht zusammenzuarbeiten. Aber ein Rückzug ins „Spirituelle“ würde über kurz oder lang die Überführung der Publikationen in bischöfliche (wozu in Italien die Mittel fehlen) oder in „laikale“ Hände mit unsicherem Ausgang bedeuten. Wer sich als Ordensgemeinschaft Presse zur Aufgabe macht, muß wohl auch die entsprechende professionelle Spiritualität persönlich leben.

Auswirkungen auf die italienische katholische Presse?

Nimmt man alles zusammen, so hatte der Papst aus seiner Sicht und ermuntert wohl vom Vorsitzenden der italienischen Bischofskonferenz Gründe genug, persönlich einzuschreiten. Problematisch bleibt indessen der offenkundige Wille, eine auch nur ansatzweise freie Auseinandersetzung um im kirchlichen Sinne delikate Lebens- und Moralfragen schon bei den ersten Zeichen möglicher Abweichungen zu unterbinden. Publizistische Professionalität hängt nun einmal von einem Minimum an Offenheit und Bereitschaft zu strittiger Problemlösung ab. Das auch im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Pauliner angeführte Argument, man müsse das angeblich „unkundige Kirchenvolk“ vor unausgegorenen Meinungen schützen, hat sich ja längst weitestgehend verbraucht. Im übrigen bestätigten Autoren, wie der vom Papst wie von Kardinal Ratzinger besonders geschätzte *Vittorio Messori*, den Pauliner-Publikationen ausdrücklich selbstverständliche kirchliche Orthodoxie, wenn man in Moralfragen die Grenzen für die Diskussion nicht übermäßig einenge (vgl. *Corriere della Sera*, 1.3.97).

Darüber hinaus ist im konkreten Fall auch das *Prozedere* nicht sehr überzeugend. Es überschneiden sich auf recht seltsame Weise regional- und gesamt-kirchliche Verantwortlichkeiten. Die überregionale und exempte Stellung

des Ordens gab dem Papst die Handhabe zum Eingriff. Der Eingriff selbst aber galt ganz eindeutig Einrichtungen und Unternehmungen des Ordens innerhalb Italiens; also hätte mit den fraglichen Konflikten in erster Linie die italienische Bischofskonferenz fertigwerden müssen.

Wie nach dem Eingriff von höchster Stelle es ordensintern wie nach außen – verlegerisch-publizistisch – weitergeht, dürfte zu einer über Italien hinaus interessierenden Frage werden. Alle Direktoren und Chefredakteure bleiben „einstweilen“ im Amt. Auffallende Änderungen in der Ausrichtung der Publikationen wird es vorderhand kaum geben. Aber Schritt für Schritt wird durchgesetzt werden, was von seiten der hierarchischen Autoritäten für richtig gehalten wird. Welch kleinlicher und im Sinne des bürgerlichen Rechts fragwürdiger Mittel sich zu bedienen man u.U. dabei bereit ist, zeigt ein Brief des Substituten im Staatssekretariat, *Giovanni Battista Re*, an den Präfekten der Ordenskongregation vom 2. Februar, in dem dieser aufgefordert wird, die Neuwahl eines vermutet weniger genehmen „Redaktionskomitees“, einer Art Gesamtbetriebsrat der Pauliner-Zeitschriftenredaktionen, zu verhindern.

In den Orden selbst wird vermutlich sehr bald mehr Ruhe einkehren. Ge-

neral- und Provinzoberer werden auf dem Generalkapitel abgelöst werden. Umbesetzungen in den Verlagsleitungen und Redaktionen werden mit Sicherheit folgen. Bedauerlich wären negative Wirkungen auf die katholische Presse in Italien insgesamt. Diese hält trotz des eng gewordenen Marktes – vom Massenorgan bis zur Pastoralzeitschrift – immer noch eine beachtliche Stellung. Sie weist eine vitale Vielfalt auf, die man anderswo schon lange vergeblich sucht.

Getragen wird diese Vielfalt vor allem von den im Pressewesen engagierten *Orden* (neben den Paulinern z. B. die Dehonianer und Jesuiten), während die *Verbandspresse* und auch die *Diözesanblätter*, letztere mit einer Gesamtauflage von nur rund 800 000 (zum Vergleich: deutsche Bistumspresse – Gesamtauflage rund 1,2 Millionen), nur eine untergeordnete Rolle spielen (vgl. *Giorgio Zucchelli*, *I settimanali cattolici in Italia*, in: „aggiornamenti sociali“, 1996, Nr. 9–10, S. 691 ff.). Sollten ihr in Form von irgendwelchen gutgemeinten „Klugheitsregeln“ die Zügel allzu sehr gestrafft werden oder gar versucht werden, Teile davon irgendwelche „Synergieeffekten“ zu opfern, wäre das auf jeden Fall nicht nur ein Verlust an publizistischer Glaubwürdigkeit, sondern auch an spiritueller Vitalität. A.D.

Ostdeutschland: Jugend in sozialpsychologischer Analyse

Die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen in den Neuen Bundesländern und die Besorgnis angesichts starker Sektenaktivitäten bildeten den aktuellen Anlaß für eine umfassend angelegte Studie über Wertorientierung und moralische Grundhaltungen, psychische Befindlichkeit und religiöse Ausrichtung der ostdeutschen Jugendlichen.

Wenn auch heute noch 57 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen überzeugt sind, daß die Unterschiede zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-

West noch lange weiterbestehen werden, ist dies für den emeritierten Züricher Sozialpsychologen *Gerhard Schmidchen* Rechtfertigung genug,

diesen Unterschied auch weiterhin zu erforschen. Dies betont er gleich zu Beginn seiner im März dieses Jahres veröffentlichten Analyse und Interpretation einer umfassenden Jugendumfrage („Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt“. Verlag Leske und Budrich, Op-laden 1997).

5 500 repräsentativ ausgewählte Deutsche zwischen fünfzehn und dreißig Jahren hat das Leipziger Institut für Marktforschung für dieses 1993 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Forschungsprojekt in mehreren Wellen befragt. Folgende jugendpolitisch relevanten Themen und Problemstellungen wurden dabei behandelt: Orientierungen, Werte und Moralvorstellungen der Jugendlichen und damit verbunden die Frage nach dem kulturellen Wandel, in dem sich die junge Generation befindet, ihre Verarbeitung der Umbruchsituationen im Kontext des Einigungsprozesses, die momentane psychische Verfassung, die sozialen Bindungen und Netze der jungen Erwachsenen, ihre Gruppenzugehörigkeit und das Freizeitverhalten, ihr Selbstverständnis, Selbstschädigungstendenzen und die Disposition zum Drogenmißbrauch.

Lang anhaltende psychische Unterschiede

Ein besonderes Augenmerk der Untersuchung lag zum einen bei der *religiösen Orientierung* der Jugendlichen, der kirchlichen Bindung sowie der Anfälligkeit gegenüber Heilsversprechen und den Werbeversuchen von Sekten. Von größerer politischer Brisanz aber ist der zweite Untersuchungsschwerpunkt, die Frage nach der Bereitschaft zu Gewalt und Gesetzesverletzungen, auch die nach der Entstehung von politisch motivierter Gewalt, nach Anfälligkeit oder Resistenz gegenüber extremistischen Gruppierungen. Mit seiner fast 500 Seiten starken Analyse des umfangreichen empirischen

Materials grenzt sich Schmidtchen nicht nur gegenüber Stimmen ab, die das Fortbestehen der Unterschiede zwischen Ost und West bestreiten oder zumindest doch im siebten Jahr der deutschen Einheit nicht mehr davon reden wollen: Vor allem die psychologischen Unterschiede hätten „Aussicht auf einige Dauer“. Insbesondere die unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bewertungen fänden dabei reichlich Nahrung im Prozeß der Wiedervereinigung selbst und speisten sich keinesfalls nur aus der Vergangenheit. Immer noch fühlen sich 51 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen mehr oder minder fremd in ihrer Bundesrepublik.

Mit seiner auch auf die sozialpsychologische Theoriediskussion abzielenden Analyse hat Schmidtchen aber ebenso eine Streitschrift verfaßt, die aufräumen soll mit den „abenteuerlichen Mythen“ über den Osten Deutschlands, die er nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern ebenso bei Fachkollegen verbreitet sieht. Dazu zählt er beispielsweise das oft beschworene Werte- und Orientierungsvakuum nach dem Scheitern der sozialistischen Ideologie ebenso wie die Annahme eines durch sozialistische Kinderkrippen und Kindergärten geschädigten Familien- und Erziehungsklimas.

Zu beinahe allen in dem Forschungsprojekt angesprochenen Themenbereichen kann Schmidtchen Beispiele auf-führen, in denen bestimmte Beobachtungen und empirische Erhebungen früherer Studien zur Lebenslage ostdeutscher Jugendlicher allzu schnell den oft sehr einfachen oder gar verzerrten Bildern und Vorstellungen von der ehemaligen DDR zugeordnet wurden. Oft verhinderten allzu pauschale oder monokausale Erklärungsversuche, daß die tatsächlichen Probleme der jungen Menschen im Osten wirklich und unvoreingenommen wahrgenommen, die nötigen jugend- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen werden.

Das Bild des durch eine Partei und ihre Ideologie monolithisch organisierten Ostens etwa macht Schmidtchen

für die Verwunderung in Fachwelt und Öffentlichkeit verantwortlich, mit der die ersten empirischen Erhebung der Wertorientierung ostdeutscher Jugendliche quittiert wurde: Diese hatten – ebenso wie die vorliegende Studie auch – eine weitgehende Übereinstimmung in Wertmustern, bei den Lebenszielen und Grundorientierungen zwischen Ost und West gezeigt (vgl. HK, August 1993, 416 ff.). Die daraus gezogenen Schlußfolgerungen und Interpretationen aber, etwa die Annahme eines sehr raschen psychischen Angleichungsprozesses im Osten, greifen für Schmidtchen zu kurz.

Gleichermaßen als „überraschend“ ließe sich auch die Beobachtung werten, daß im Osten, in einem „atheistischen Umfeld“ also und unter völlig verschiedenen Sozialisationsbedingungen, dem Westen ganz ähnliche, als „christlich“ zu bezeichnende Moralvorstellungen weitverbreitet sind. Diese Überraschung aber, so Schmidtchen, könne nur teilen, wer eine institutionalisierte religiöse Erziehung, mithin die Kirche zur einzigen Sozialisationsinstanz für Moral erkläre.

Die Absolutsetzung der Person

Zugleich tritt Schmidtchen einer „befriedigten Erleichterung“ entgegen, die in der Regel dort zu beobachten sei, wo die Kongruenz in Lebenszielen und moralischen Grundsätzen, sogar eine optimistischere Grundstimmung im Osten festgestellt werde. Die Bilanz der Untersuchungsergebnisse zum Erleben von Wende und Einigungsprozeß ergibt ein Bild zwischen Frustration und Hoffnung: 50 Prozent der befragten Jugendlichen im Osten fühlen sich belastet (im Westen sind dies nur 38 Prozent), das Maß an Frustration ist im Osten deutlich höher; im Osten gebe es aber nicht weniger Lebensfreude als im Westen, nur die alltäglichen Sorgen seien spürbarer.

Wohl nicht zuletzt dem Auftraggeber der Studie selbst gibt Schmidtchen daher mit auf den Weg: „Wir müssen mit

anhaltenden und leicht mobilisierbaren negativen Affekten im Osten Deutschlands rechnen“(91). Für die oft unterstellte DDR-Nostalgie liefert die Studie dabei ebensowenig empirische Belege wie für die Annahme eines beschädigten Erziehungsklimas oder die besondere Häufung autoritärer Persönlichkeiten im Osten.

Im Gegenteil: Im Durchschnitt attestiert Schmidtchen den Familien in Ostdeutschland einen besseren, einen „reiferen“ Erziehungsstil, womit eine gute Ausgewogenheit zwischen emotionaler Geborgenheit und klarer Forderung bezeichnet wird. Mit den menschlichen Beziehungen, mit der Liebe etwa, die sie von den Eltern bekommen, sind die Jugendlichen im Osten ebenso zufrieden wie ihre Altersgenossen im Westen. Deutlich unzufriedener aber sind die Ostjugendlichen mit ihren Berufschancen, dem Angebot zur Weiterbildung, den Möglichkeiten, Sport zu treiben und dem kulturellen Angebot in ihrem Lebensumfeld.

Das vermutete „Orientierungs- und Weltanschauungsvakuum“ hatte zu Wendezeiten im Westen noch weitergehende Befürchtungen genährt. Man sah in den Ostdeutschen einfache Opfer für Sektenwerber und obskure Heilslehren aller Art. Diese Befürchtungen waren übertrieben. Die vorliegende Studie zeigt: Junge Menschen in Ostdeutschland gehen sehr viel dezidiert als im Westen von einem rationalistischen Weltbild aus; für sie ist nüchterne Rationalität typischer als im Westen. Für Schmidtchen ist die ontologische Sicht der Jugendlichen im Osten „durch zwei sich überlagernde Aufklärungsschübe bestimmt: durch den säkularen Protestantismus und durch die Linie des Hegelschen Denkens, vermittelt durch den Marxismus-Leninismus“(177.)

Ansonsten zeigt die Befragung zu diesem Bereich kaum Neues oder Überraschendes: die Ablehnung der Kirche manifestiert sich bei 67 Prozent der befragten ostdeutschen Jugendlichen in freundlicher Gleichgültigkeit; nur 11 Prozent haben ein aktives Verhältnis

zu einer Kirchengemeinde, 64 Prozent bezeichnen sich dezidiert als Atheisten. Konfessionelle Unterschiede können angesichts dieser Größenordnungen vernachlässigt werden. Die Jugendweihe habe sich als Passage-Ritus weitgehend durchgesetzt. 87 Prozent der Befragten hätten diese erhalten, zu Konfirmation oder Erstkommunion sind insgesamt 22 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen gegangen.

Den „Sinn des Lebens“ sucht die Jugend Ost und West wiederum gemeinsam im „Genuß des Lebens“ und der „Entwicklung der Persönlichkeit“. Hier zeichnen die Studienergebnisse die Trennlinie nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen den Generationen. Heute scheine die Person das Absolute geworden zu sein, die religiösen Empfindungen hätten sich ganz auf die Person verlegt.

Die geistige Dimension von Gewalt und Illegalität

Eine gerade in bezug auf die jugend- und gesellschaftspolitischen, die pädagogischen Schlußfolgerungen verhängnisvolle Einschränkung des Blickwinkels moniert Schmidtchen aber vor allem für die Frage nach der Bereitschaft zu Aggression, Gewalt und Illegalität unter den Jugendlichen. Entschieden wendet er sich, gut belegt durch die Befragung selbst, gegen ein nur „reaktives“ Verständnis aggressiven Verhaltens, gegen den weitverbreiteten „soziologischen Reduktionismus“, die ausschließliche Suche nach den Ursachen von Gewalt in sozialer Desintegration, biographischen Brüchen, wirtschaftlicher und politischer Frustration. Notwendig sei vielmehr eine historisch-psychologische Analyse des Phänomens Jugendgewalt; die „geistige“ Dimension in aggressiven Verhalten und Gewaltphantasien dürfe vor allem in Hinblick auf die Prävention nicht vergessen werden.

In drei Themenbereiche gliedert Schmidtchen die empirische Erhebung zur Gewaltbereitschaft und deren Interpretation: Der erste widmet sich der

Frage nach dem „gesellschaftspolitischen Wohlbefinden“, nach dem Vertrauen in die Demokratie, den Staat und seine Institutionen und in die Parteien. Es ergibt sich dabei ein schon aus früheren Studien vertrautes Bild: 49 Prozent der Jugendlichen im Westen fühlten sich in der Bundesrepublik wohl, aber nur 26 Prozent ihrer Altersgenossen im Osten.

Die persönliche Situation wird dabei durchweg sehr viel positiver eingeschätzt als die des Gemeinwesens. Dazu warnt Schmidtchen vor einem häufigen Mißverständnis: Wenn die jungen Ostdeutschen mit der vorfindlichen Demokratie hart und härter als ihre Altersgenossen im Westen ins Gericht gingen, heiße das gerade nicht, daß sie diese ablehnten, sondern daß sie von ihr hohe Ideale hätten.

Ein zweiter Untersuchungsblock gilt der Bereitschaft zu persönlicher Gewalt und deren Ursachen, wobei dabei die Annahme, daß in „militarisierten Gesellschaften“ die persönliche Gewalttendenz immer ausgeprägter ist, zum zentralen Erklärungsansatz gewählt wird. Deutlich kann die Studie dabei eine insgesamt höhere Gewaltbereitschaft bei den Jugendlichen im Osten belegen. Der dritte Untersuchungsblock fragt nach Legitimations- und Repräsentationsschwächen des politischen Systems, der subjektiven Einschätzung der Chancen zu politischer Partizipation. Die Ergebnisse der Befragung bestätigen für Schmidtchen: „Die Gewaltphantasien steigen auf, wenn junge Bürger sich machtlos vorkommen, wenn sie die Legitimität, die Gerechtigkeitsfunktion des politischen Systems bezweifeln, wenn sie das Gefühl haben, wesentliche humane Werte in der Gesellschaft nicht verwirklichen zu können“(351)

Vor dem Hintergrund des Gesamtbefundes der Studie beantwortet der Sozialpsychologe die im Titel gestellte Frage: „Wie weit ist der Weg nach Deutschland?“ zum einen mit der Warnung vor übersteigerten Angleichungs- und Anpassungserwartungen an die Ostdeutschen im allgemeinen

und die Jugend im besonderen. Zum anderen betont er aber auch: „Wenn man den psychischen Tendenzen junger Menschen nachspürt, die in ihren kritischen Äußerungen erkennbar werden, erscheint Deutschland als

Metapher für die erstrebenswerte Heimat. Es soll eine Kultur der Gerechtigkeit, der Aufklärung, der Offenheit sein, ein Land, in dem Freiheit und Ordnung keine Widersprüche sind“ (367). A. F.

Albanien: Das Chaos und die Kirchen

Nach den Unruhen der vergangenen Wochen ist Albanien politisch und wirtschaftlich ein Scherbenhaufen. Die katholische und orthodoxe Kirche des Landes haben Gewicht als moralische und integrierende Instanzen.

Im April dieses Jahres jährte sich zum zwölften Mal der Todestag *Enver Hoxhas*, eines der grausamsten Diktatoren dieses Jahrhunderts. Außer den einigen ehemaligen Mitstreitern, die Blumen an seinem Grab am Zentralfriedhof der albanischen Hauptstadt Tirana auch diesmal niederlegten, wird ihm wohl die Mehrheit der etwa 3,4 Millionen Einwohner des kleinen Balkanstaates keine Tränen nachweinen, geschweige denn sein Andenken ehren. Analysiert man die Ereignisse der letzten Jahre in Albanien, kommt man zum Schluß, daß die jetzige Krise eine indirekte Folge seiner Anfang der 90er Jahre untergegangenen kommunistischen Gewaltherrschaft ist.

Das diktatorische System und die kommunistisch-stalinistische Ideologie haben die Albaner in eine politisch-soziale Passivität getrieben. Andererseits nahmen es offensichtlich die meisten Menschen einfach hin – und fühlten sich womöglich sogar wohl dabei –, daß sie für das Gelingen oder auch Mißlingen des täglichen Lebens keine Selbstverantwortung zu tragen hatten. Der Staat und damit die allein herrschende kommunistische Partei hatten zwar das Sagen, trugen aber zugleich auch die Verantwortung für die soziale und finanzielle Sicherheit der Bürger. Eine leistungsorientierte Lebensweise oder ein Streben nach einem höheren Standard lohnte sich nicht, da das Land vom Rest der Welt jahrelang völ-

lig isoliert war und weil es kein Privateigentum gab.

Das Chaos kam nicht überraschend

Eine andere Lebensperspektive eröffnete sich für die Albaner erst mit der politischen Wende Anfang der 90er Jahre. Unbestritten ist, daß die neue, nach den Mehrparteien-Wahlen im März 1992 vom Volk frei und demokratisch gewählte Staatsspitze anfangs die größten Anstrengungen unternommen hatte, das Land nach den Prinzipien der Demokratie strukturell zu verändern. Mit einem rasanten Tempo wurden neue Gesetze hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte, der Zulassung von Glaubensgemeinschaften, der Privatisierung der Wirtschaft im von der Demokratischen Partei (PD) dominierten Parlament, verabschiedet. Mit der Umsetzung dieser Gesetze ging es jedoch weniger zügig voran.

Die Partei von Staatspräsident *Sali Berisha*, die nach wie vor Demokratische Partei heißt, büßte in den letzten zwei bis drei Jahren enorm an Sympathien bei der Bevölkerungsmehrheit ein. Auch Parteichef Berisha erwies sich in vielen Fällen als überzogen autoritär, wenn nicht sogar despotisch. Den Ministern und Staatsbediensteten, die bisher vorwiegend und zwangsläufig

der PD angehörten, wird nachgesagt, sich mehr um den eigenen Profit als um das Gemeinwohl oder um die Einhaltung der Gesetze gekümmert zu haben. Manche Beobachter behaupten sogar, daß die Regierungsspitze viele Gemeinsamkeiten mit dem alten Regime aufweise. Der Unterschied liege allein darin, wird ironisch bemerkt, daß man heute laut über Korruption stöhne, wo man früher weise schwieg. Einerseits ließen die Mitglieder der PD politische Toleranz gegenüber oppositionellen Parteien keinesfalls erkennen: Kritik wurde nicht als konstruktiv aufgefaßt, sondern vielmehr als böswilliger Angriff auf den Staat und somit auf die allein herrschende Partei ausgelegt. Diese Sichtweise wurde durch politische Prozesse gegen Oppositionspolitiker, aber auch durch staatlichen Druck auf kritische Journalisten belegt.

Andererseits tolerierte der Staat beispielsweise wirtschaftliche Freibeutelei, indem er illegale Bauten auf fremdem Grund oder das kostenlose Anzapfen von Strom und Wasser ohne Reaktion hinnahm. Der Schmuggel von Treibstoff nach Serbien und Montenegro – trotz UNO-Sanktionen – wurde nicht geahndet. Auch Drogen- und Waffenschmuggel ließ man staatlicherseits zu einem profitablen Geschäft florieren.

Der jüngste Skandal um die sogenannten Sparpyramiden und der daraus resultierende Ausbruch des Volkszorns belegen, wie schwierig es ist, eine jahrzehntelange stalinistische Diktatur zu einem demokratischen Rechtsstaat umzubauen und eine mündige Bürgergesellschaft entstehen zu lassen. Es ist demzufolge nicht verwunderlich, daß nach dem Zusammenbruch dieser Pyramidenfirmen ein Chaos im Lande entstanden ist. Die geprellten Sparer machen die Regierung für ihre Verluste verantwortlich und fordern vom Staat Entschädigung. In dieser Denkweise ist zwar die Kategorie der Selbstverantwortung kaum verankert, sie ist aber in gewisser Weise folgerichtig. Die neuen Machthaber haben nämlich den Albanern sozusagen goldene Berge aus dem Westen versprochen